
Evemarie Badstübner-Peters
Wie unsere Republik entstand

Die Stunde der Entscheidung ist da!

Freitag, 7. Oktober 1949. In vielen Städten und Gemeinden zwischen Rostock und Suhl begaben sich im Morgengrauen dieses Tages Abgeordnete des Deutschen Volksrates auf die Reise nach Berlin – beispielsweise in Oelsnitz der Bergarbeiter Adolf Hennecke, in Bärenklau die Bäuerin Berta Bähr, in Schwerin der Domprediger Karl Kleinschmidt. Eine solche Fahrt war ein kleines Abenteuer. Der größte Teil der Autos, die zur Verfügung standen, hatte eigentlich längst ausgedient, und man mußte mit Pannen rechnen. Die Straßen waren schlecht, die noch in den letzten Kriegswochen von den Faschisten gesprengten Brücken erst notdürftig repariert.

Mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte auch die Deutsche Reichsbahn. An hochwertigen Kohlen herrschte bitterer Mangel. Seit dem Frühjahr fuhren die Züge zwar wieder mit Innenbeleuchtung, die Fenster waren verglast oder mit Igelitplatten versehen, und die Abteile wurden, wenn nötig, sogar beheizt; aber trotz aller Anstrengungen der Eisenbahner kam es auf den vielen eingleisigen Strecken sehr oft zu großen Zugverspätungen.

Aus all diesen Gründen hatte das Präsidium des Deutschen Volksrates den Beginn der 9. Tagung des Volksrates auf die Mittagsstunden gelegt.

Wer am Morgen des 7. Oktober zum „Neuen Deutschland" griff, erfuhr schon von dem bevorstehenden großen Ereignis. „Tag der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik. Die Welt blickt auf Berlin", lautete die Hauptüberschrift an diesem Tage. Auch die „Tägliche Rundschau" informierte ihre Leser über die Bedeutung der Tagung, der die Mitglieder des Deutschen Volksrates an diesem Morgen entgegenfuhren. „Das deutsche Volk formt selbst sein Schicksal", konnte man auf ihrer ersten Seite lesen.

Berlin bot an diesem Herbsttag noch immer den Anblick einer vom Kriege schwer gezeichneten Stadt. Wohin das Auge blickte – Ruinen, Schutt-



Aufbauhelfer. Plastik von Fritz Cremer

9. TAGUNG DES DEUTSCHEN VOLKSRATES

AM FREITAG, DEM 7. OKTOBER 1949

Beginn der Tagung um 12 Uhr im großen Festsaal der Deutschen Wirtschaftskommission, Eingang Wilhelmstraße

TAGESORDNUNG

1. Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

2. Stellungnahme zur politischen Lage und Beratung der zu ergreifenden Maßnahmen

---

Unmittelbar nach Schluß der Volksratstagung finden die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften statt:

SED	Speisesaal im Haus des Deutschen Volksrates
CDU	im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, Zimmer 4379
LDP	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3007
NDPD	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3001
DBD	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3063
FDGB	im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, Zimmer 3379
FDJ	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3002
DFD	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 4085
VdgB	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3157
VVN	im Haus des Deutschen Volksrates, Zimmer 3008
Genossenschaften	im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, Zimmer 1261
SPD	im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, Zimmer 1261
Kulturbund und Persönlichkeiten	im Haus des Kulturbundes, Jägerstraße 2

---

15 Uhr im Kasino II und III der Deutschen Wirtschaftskommission: Gemeinsames Mittagessen

16 Uhr: Neue Tagung im Festsaal der Deutschen Wirtschaftskommission



Trümmerfrauen in der Berliner Friedrichstraße, Ecke Unter den Linden

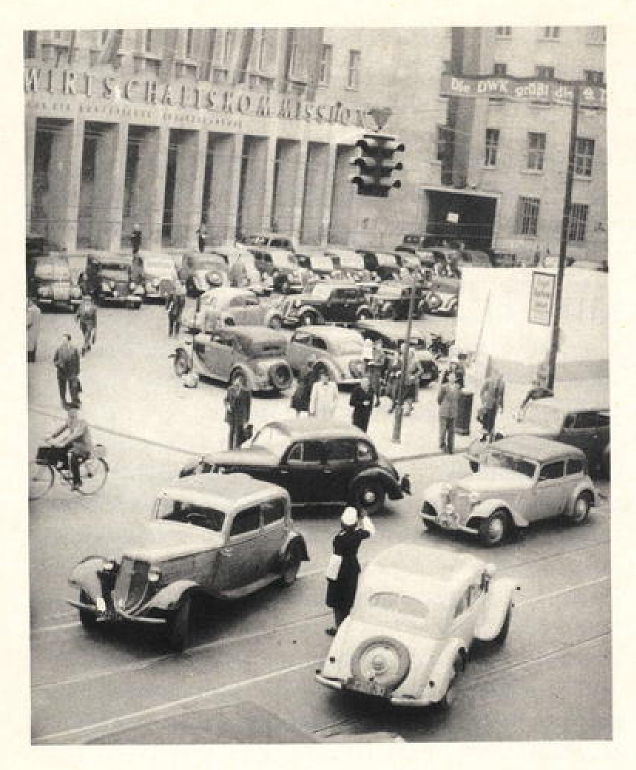
berge aber auch Gerüste. 20 Millionen Kubikmeter Schutt hatte der faschistische deutsche Imperialismus den Berlinern hinterlassen. 1949 waren – vor allem von den fleißigen Trümmerfrauen – 5 Millionen Kubikmeter weggeräumt. Der Wiederaufbau der Stadt stand noch am Anfang. Wiederhergestellte Gebäude, z. B. der S-Bahnhof Friedrichstraße, leuchteten auf diesem grauen Hintergrund besonders hell und neu.

Zu den wenigen Bauten im Stadtzentrum, die von Bomben und Granaten verschont geblieben waren, gehörte der Gebäudekomplex des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums, das heutige Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. 1949 hatte dort die Deutsche Wirtschaftskommission ihren Sitz. Im großen Festsaal dieses Hauses fand die bedeutsame 9. Tagung des Deutschen Volksrates statt.

Gegen 10.00 Uhr trafen die ersten Abgeordneten am Tagungsgebäude ein. Die für den organisatorischen Ablauf der Tagung verantwortlichen Mitarbeiter des Sekretariats des Deutschen Volksrates waren schon seit dem frühen Morgen an ihrem Platz.

Nach und nach erschienen Journalisten des In- und Auslandes, um erste Eindrücke und Nachrichten zu sammeln. Die Mitarbeiter der DEFA-Wochenschau bauten ihre Scheinwerfer und Kameras im Sitzungssaal auf, aber auch Kameraleute westlicher Filmgesellschaften bereiteten sich auf die kommenden Ereignisse im Saal vor. Es herrschte gespannte Erwartung. So mancher Berichterstatter westlicher Nachrichtenagenturen, Zeitungen oder Rundfunkstationen betrachtete die Vorgänge mit einigem Hochmut, weil er die Tragweite der zu erwartenden Entscheidungen gar nicht begriff.

Je näher die zwölfte Stunde rückte, desto mehr Menschen blieben vor dem Tagungsgebäude



Der Deutsche Volksrat war das leitende Organ der Volkskongreßbewegung. Diese antiimperialistische Volksbewegung entstand 1947 im Kampf gegen die drohende Zerreißung Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und die Schaffung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates. Der 3. Deutsche Volkskongreß tagte am 29. und 30. Mai 1949 in Berlin. Seine 2016 Delegierten, aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen, wählten den Deutschen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer umbildete. Der 3. Volkskongreß nahm u. a. den von einer Kommission ausgearbeiteten und mit der Bevölkerung eingehend diskutierten Entwurf für die Verfassung einer demokratischen deutschen Republik an.

stehen, um auf die führenden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen zu warten. Das Wetter war günstig an diesem Tage. Von Zeit zu Zeit rissen die Wolken auf, und die Sonne brach durch.

Der Sitzungssaal füllte sich langsam. Seine Türen waren weit geöffnet. Junge Pioniere und FDJler begrüßten die eintretenden Mitglieder des Deutschen Volksrates mit Blumen.

Die führenden Persönlichkeiten des Deutschen Volksrates nahmen im Präsidium Platz – die beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, der Vorsitzende der CDU, Otto Nuschke, der Vorsitzende der NDPD, Lothar Bolz, das Mitglied des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD, Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Walter Ulbricht, stellvertretender Vorsitzender der SED, und eine Reihe weiterer Repräsentanten des öffentlichen Lebens. 12.00 Uhr, Journalisten drängten schnell noch in den Saal und stellten sich, weil sie keinen freien Stuhl mehr fanden, im Hintergrund auf. Die Türen wurden geschlossen, die Stenographen nahmen ihre Plätze ein. Scheinwerfer flammten auf, Kameras surrten: Wilhelm Pieck eröffnete die 9. und letzte Sitzung des Deutschen Volksrates.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Bericht Wilhelm Piecks zur politischen Lage.

Die Welt hatte seit Beendigung des zweiten Weltkrieges eine stürmische Entwicklung erlebt. Mit aktiver Unterstützung der Sowjetunion war es den Arbeitern und anderen fortschrittlichen Kräften in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens gelungen, Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer zu entmachten und die Regierungsgewalt in die eigenen Hände zu nehmen. Sie folgten damit dem Beispiel, das die

Vor dem Tagungsgebäude am Vormittag des 7. Oktober 1949

Delegiertenkarte Johannes Dieckmanns zum 3. Deutschen Volkskongreß



Arbeiter und Bauern Rußlands im Jahre 1917 gegeben hatten.

Der Wunsch, daß endlich auch ein friedliebender deutscher Staat entstehen möge, bewegte die Menschen vieler Nationen. Zweimal innerhalb eines halben Jahrhunderts hatten deutsche Imperialisten die Welt in verheerende Kriege gestürzt. Kein Wunder, daß die betroffenen Völker, vor allem die Völker Europas, aufmerksam die Entwicklung in diesem Land verfolgten, daß sie die Frage bewegte, welche politischen Kräfte sich nun nach der Niederlage des Faschismus hier behaupten und durchsetzen würden. Die fortschrittlichen Menschen Europas hofften, daß die deutschen Antifaschisten und Demokraten und ihr führender Kern, die revolutionäre Arbeiterklasse, die Kraft hätten, einen friedliebenden deutschen Staat zu schaffen.

Nach der Befreiung vom Faschismus gab es keine deutsche Regierung. Das Land war in vier Besat-



3. DEUTSCHER VOLKSKONGRESS

für Einheit Deutschlands und gerechten Frieden

29. und 30. Mai 1949

Deutsche Staatsoper · Berlin · Friedrichstraße 101-102

ERÖFFNUNG 29. MAI 1949 · 10 UHR

№ 1028

DELEGIERTENKARTE FUR

Johannes Dieckmann

Vor- und Zuname

Dresden A 16, Anton-Graff-Str. 8

Ort und Straße

IST ALS DELEGIERTER

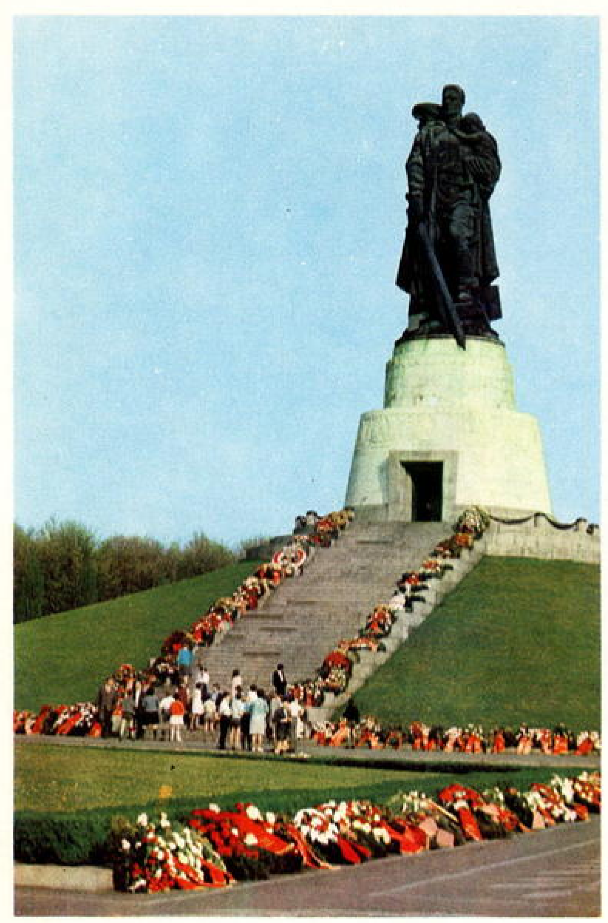
ZUM 3. DEUTSCHEN VOLKSKONGRESS BESTÄTIGT

Stempel des Sekretariats

Unterschrift des Vorsitzenden

Blick in den Festsaal im Gebäude der Deutschen Wirtschaftskommission

zungszonen – in die sowjetische, die amerikanische, die britische und die französische – aufgegliedert. Die Besatzungsmächte übten die Regierungsgewalt aus und sollten für die Durchführung des Potsdamer Abkommens sorgen. In der sowjetisch besetzten Zone lag die Verfügungsgewalt bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD).
Die fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes, allen voran die Kommunisten und mit ihnen klassenbewußte Sozialdemokraten und andere antifaschistische Demokraten aus allen Schichten der Bevölkerung kämpften nach dem 8. Mai 1945 für eine revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Als wichtigstes entstand im Ergebnis dieses Prozesses die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.
Im Verlaufe eines mehr als vierjährigen Kampfes gelang es den Werktätigen im Osten Deutschlands, Kriegsgewinnler und Naziverbrecher zu enteignen und ihren Besitz in Volkseigentum umzuwandeln. Sie schafften es, in der sowjetisch besetzten Zone die Bodenreform durchzuführen und Junkerland in die Hände der werktätigen Bauern zu geben. Für die Kinder der Arbeiter und Bauern wurde der Weg in die höheren Schulen und in die Hörsäle der Universitäten freigekämpft.
Viele der aktivsten Antifaschisten und Demokraten saßen an diesem 7. Oktober im großen Festsaal der Deutschen Wirtschaftskommission, bereit, bedeutsame historische Entscheidungen zu treffen.
Umsichtig hatte die Sowjetunion den Werktätigen in der sowjetisch besetzten Zone bei ihrem Aufbauwerk geholfen. Ihr war es zu verdanken, daß in so kurzer Zeit eine tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht



Ehrenmal in Berlin-Treptow für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf für die Befreiung der Völker vom Faschismus ihr Leben ließen – eingeweiht am 8. Mai 1949.



„Die Aufgaben, die vor uns stehen, sind groß. Die Art, in der wir sie lösen, ist entscheidend für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft unseres Volkes. Sie ist nicht nur abhängig von den großen politischen Entscheidungen, durch die Geschichte gemacht wird. Die politische Willensbildung des Mannes auf der Straße, unseres Volkes, wird im wesentlichen beeinflußt durch die kleinen Dinge des täglichen Lebens. Gestatten Sie mir daher, meine Damen und Herren, die Bemerkung, daß wir, wenn wir erfolgreich auf der höheren politischen Ebene für Deutschland arbeiten wollen, nicht und niemals vorübergehen dürfen an den kleinen und kleinsten Sorgen unserer noch so sehr unter der Not des Krieges leidenden Menschen."

Friedrich Ebert am 12. Oktober 1949 in der Volkskammer

wurde. Für den Weltimperialismus bedeutete das: Wieder war ein Gebiet, noch dazu im Herzen Europas, dem Machtbereich des Kapitals entrissen worden. Fieberhaft planten in Washington, London und anderswo imperialistische Politiker Maßnahmen, mit denen sie den Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Sozialismus in der Welt aufhalten zu können hofften. Sie scheuten kein Mittel – nicht den Bruch von Abkommen, nicht die Drohung mit der Atombombe, nicht das Risiko eines neuen Weltkrieges. In Griechenland unterdrückten imperialistische Truppen die revolutionäre Entwicklung, in anderen Teilen der Welt, in Vietnam oder Indonesien, erstickten sie die antikoloniale Freiheitsbewegung der Völker in Blut. Auch Deutschland wurde Ende der vierziger Jahre zu einem Hauptschauplatz der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Die imperialistischen Westmächte fürchteten ein Übergreifen der revolutionären Entwicklung auf die westlichen Besatzungszonen. Sie versuchten daher, die von ihnen regierten Zonen, in denen ebenfalls antifaschistisch-demokratische Forderungen erhoben wurden, vom revolutionären Zentrum des deutschen Volkes im Osten Deutschlands abzugrenzen. Die geschlagenen deutschen Imperialisten witterten sofort ihre Chance und waren mit von der Partie. Gemeinsam mit den imperialistischen Besatzungsmächten betrieben sie die Wiederherstellung ihrer Herrschaft in den Westzonen und schließlich die Bildung eines imperialistischen Staates in diesem Gebiet.

Am 23. Mai 1949 trat die von den drei westlichen Militärbefehlshabern diktierte Verfassung – das sogenannte Grundgesetz – in den Westzonen in Kraft. Damit war faktisch ein neuer imperialistischer deutscher Staat in die Welt gesetzt worden – die Bundesrepublik Deutschland. Das Volk wurde dazu nicht gehört – eine ursprünglich vorgesehene Volksabstimmung über die Verfassung erfolgte nicht.

Am 14. August 1949 fanden in der BRD Wahlen zum Bundestag statt. Am 7. September trat der Deutsche Bundestag zum ersten Male zusammen und wählte am 15. September mit einer Stimme Mehrheit Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler – einen Mann, der auf vielfältige Weise mit dem in- und ausländischen Monopolkapital versippt und verschwägert war. Damit fand die Schaffung des westdeutschen Staates ihren Abschluß. Die Spaltung Deutschlands war

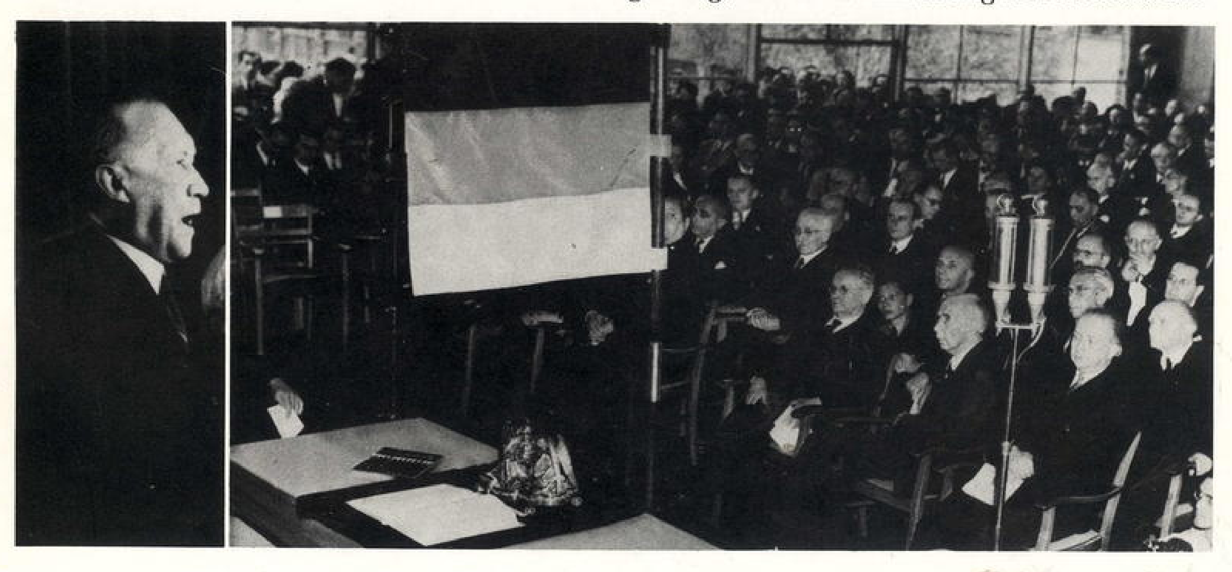


Blick in das Präsidium der 9. Tagung des Deutschen Volksrates; v. r. n. l.: Elli Schmidt, Hans Reingruber, Vinzenz Müller, Käte Kern, Herbert Warnke, Friedrich Ebert, Walter Friedrich

vollzogen. Welche Aufgabe diesem westdeutschen Staatswesen zugedacht war, wissen wir vom späteren amerikanischen Außenminister und damaligen UN-Berater John Foster Dulles: „Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert." Das war ein gefährliches Spiel mit dem Krieg. Man kann also noch heute ermessen, wie groß die Verantwortung war, die in diesen Oktobertagen auf den Mitgliedern des Deutschen Volksrates ruhte.

Das, was die Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone in schwerem Kampf geschaffen hatten, befand sich in Gefahr. Wenige Jahre nach Beendigung eines grauenhaften Krieges war der Frieden erneut aufs äußerste bedroht. Die Menschen aber sehnten sich nach einem dauerhaften und gesicherten Frieden. Briefe und Resolutionen an den Deutschen Volksrat brachten das zum Ausdruck. „Deutschland braucht eine Regierung, die für die Erhaltung des Friedens ein-

Konrad Adenauer am 23. Mai 1949 vor dem Parlamentarischen Rat in Bonn





№ 004029 Telegramm **Deutsche Post**

9429 BRANDENBURGHAVEL F 343 40/39 7 1005

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit — von — durch

= AN DEN DEUTSCHEN VOLKSRAT

BERLIN =

Haupttelegraphenamt Berlin

YZBRN

DIE BELEGSCHAFT DES BRANDENBURGER TRAKTORENWERKES HAT DAS UNBEGRENZTE VERTRAUEN AN DEN BESCHLUESSEN DES DEUTSCHEN VOLKSRATES UND VERPFLICHTET SICH DURCH UEBERERFUELLUNG IHRER TRAKTORENFERTIGUNG DEN BEWEIS DER EIGENEN KRAFT ZU LIEFERN = DIE BGL DES BRANDENBURGER TRAKTORENWERKES +

Auf Beschluß der im Demokratischen Block vereinigten Parteien und Massenorganisationen fanden die ersten Volkskammerwahlen am 15. Oktober 1950 statt. Bis zu diesem Zeitpunkt bezeichneten sich die 1949 gebildeten Staatsorgane als provisorisch.

PROVISORISCHE VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1. (konstituierende) Sitzung — **Freitag, den 7. Oktober 1949**

tritt und nicht für den Krieg arbeitet", schrieben die Arbeiter des Elektrochemischen Kombinats in Bitterfeld. Hunderttausende aus anderen Betrieben waren derselben Auffassung. Die Parteiführung der SED hatte sich gründlich mit der durch die imperialistische Spaltungspolitik entstandenen neuen Lage befaßt. Ausgehend von den Forderungen der Werktätigen hatte sie sich an alle Parteien und Massenorganisationen gewandt und vorgeschlagen, in der sowjetisch besetzten Zone einen friedliebenden Staat der Arbeiter und Bauern zu gründen; er sollte die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung sichern und mit dem werktätigen Volk unter der Führung der Arbeiterklasse eine Zukunft ohne Wirtschaftskrisen und Krieg gestalten. Es war der SED gelungen, breite Kreise der Bevölkerung für diesen Schritt zu gewinnen.

Auf der 9. Tagung des Deutschen Volksrates brachten die Parteien des Demokratischen Blocks (SED, CDU, NDPD, LDPD, DBD) sowie FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund und andere Organisationen eine gemeinsame Gesetzesvorlage ein: „Der Deutsche Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer im Sinne der von ihm am 19. März 1949 beschlossenen, vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik."

Als Wilhelm Pieck diesen Antrag verlas und sich alle 330 Abgeordneten zum Zeichen ihres Einverständnisses von den Plätzen erhoben, war der Weg zur Gründung eines deutschen Staates der Arbeiter und Bauern frei. Der Deutsche Volksrat beendete seine Arbeit mit einem Beschluß von großer historischer Bedeutung.

In den späten Nachmittagsstunden des 7. Oktober begann nach einer längeren Pause die erste Sitzung der nunmehrigen Provisorischen Volkskammer. Ihre internationale Bedeutung wurde unterstrichen durch die Anwesenheit des politischen Beraters der Sowjetischen Militäradministration, W. S. Semjonow, der den Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der UdSSR bekleidete, seines Stellvertreters sowie der Chefs und Mitarbeiter der bulgarischen, jugoslawischen, norwegischen, polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Militärmissionen in Deutschland. Ebenfalls anwesend war der stellvertretende Außenminister Bulgariens.

Obwohl sich dieselben Menschen versammelt hatten, die wenige Stunden zuvor so bedeutende Beschlüsse gefaßt hatten, breitete sich doch eine tiefe Ergriffenheit aus, als Wilhelm Pieck die erste Parlamentssitzung eines deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates eröffnete. Viele von denen, die im Saale saßen, hatten ihr ganzes Leben für diesen Augenblick gekämpft. Sie waren durch faschistische Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen, hatten in der Emigration gearbeitet oder in tiefer Illegalität gelebt und gekämpft mit der festen Überzeugung, daß ein solcher Tag kommen würde. Erinnerungen an die toten Kameraden wurden wach. Was hätte wohl Ernst Thälmann gefühlt in dieser Stunde? Die Liste der Ermordeten, Erschlage-

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist geschaffen.
Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien am 21. April 1946 ebnete den Weg zur Gründung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.



nen, zu Tode Gefolterten war lang. Doch der Blick der Lebenden war nach vorn gerichtet, weil nur so das Vermächtnis der Opfer des Faschismus, nur so die historische Mission der Arbeiterklasse erfüllt werden konnte. Neue schwere Aufgaben galt es zu lösen, und der imperialistische Gegner ruhte nicht.

Mit einprägsamen Worten zeichnete Wilhelm Pieck den Weg, der zu gehen war: „Nun wachsen die Bäume der imperialistischen Mächte nicht in den Himmel, sondern es steht ihnen das große Friedenslager entgegen. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkes, sich in dieses Lager einzureihen und zusammen mit den Kräften, die in diesem Lager einen entscheidenden Einfluß haben, für den Frieden der Welt zu kämpfen." Auf die Lage in der jungen Republik verweisend, erklärte er: „Wir geben uns keinen Illusionen hin. Wir haben große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die um so größer sind, als Deutschland zerspalten ist und die Bemühungen zur Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen von den westlichen Besatzungsmächten erschwert werden. Es ist deshalb auch notwendig, engste wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und den uns befreundeten Völkern der Volksdemokratien herbeizuführen, um im Austausch der Produkte uns gegenseitig zu helfen, um das zu ersetzen, was wir aus eigener Produktion nicht haben, und andererseits den Ländern zu helfen mit dem, was ihnen von uns gegeben werden kann." Der erfahrene Funktionär der Arbeiterbewegung wußte, nur Solidarität übend und Solidarität empfangend, konnte die junge Republik voranschreiten.

Die Provisorische Volkskammer hatte in ihrer ersten Sitzung wichtige staatspolitische Beschlüsse zu fassen. Zunächst wurde der Präsident gewählt und das Präsidium bestätigt.

Einstimmig fiel die Wahl auf Johannes Dieckmann, den sächsischen Justizminister und stellvertretenden Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei. Dieckmann, ein aufrechter Demokrat, der zu den Mitbegründern seiner Partei gehörte, zeichnete sich besonders durch seine aufrichtige freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion aus. Er war auch 1947 an der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beteiligt. 20 Jahre lang – bis zu seinem Tode 1969 – übte er das hohe Amt des Präsidenten der obersten Volksvertretung aus. Nach der Bestätigung des Präsidiums, dem Hermann Matern (SED), Hugo Hickmann (CDU), Jonny Löhr (NDPD), Herbert Hoffmann (DBD), Erich Geske (SPD), Friedel Malter

Provisorische Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 7. Oktober 1949

Drucksache Nr. 2

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
der Provisorischen Volkskammer

Die Provisorische Volkskammer möge folgendes Gesetz beschliessen:

Gesetz
über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Artikel 1

Bis zur Wahl der Volkskammer wird eine Provisorische Regierung gebildet, für welche die Bestimmungen der vom Deutschen Volksrat am 19. März 1949 beschlossenen, vom Dritten Deutschen Volkskongress am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gelten.

Artikel 2

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus dem Ministerpräsidenten, drei Stellvertretern des Ministerpräsidenten und vierzehn Fachministern. Die Fachminister leiten folgende Ministerien:

1. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
2. Ministerium des Innern
3. Ministerium für Planung
4. Ministerium der Finanzen
5. Ministerium für Industrie
6. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
7. Ministerium für Aussenhandel und Materialversorgung
8. Ministerium für Handel und Versorgung
9. Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen
10. Ministerium für Verkehr
11. Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
12. Ministerium für Aufbau
13. Ministerium für Volksbildung
14. Ministerium der Justiz.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme in Kraft. Es wird vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer ausgefertigt und verkündet.

Berlin, den 7. Oktober 1949

Der Präsident der Provisorischen Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

SED ....
LDP ....
CDU ....
NDP ....
DBD ....
Für die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses ....
FDGB ....
FDJ ....
DFD ....
Kulturbund zur demokr. Erneuerung Deutschlands ....
VdgB ....
Genossenschaft ....
VVN ....



Konstituierende Sitzung der Provisorischen Volkskammer; v. l. n. r.: Erich Geske, Herbert Hoffmann, Friedel Malter, Jonny Löhr, Johannes Dieckmann, Hermann Matern

Überarbeitungsvorschläge Johannes Dieckmanns auf einem Gesetzesentwurf

Provisorische Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 7. Oktober 1949

Drucksache Nr. 5

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen der Provisorischen Volkskammer

Die Provisorische Volkskammer möge folgendes Gesetz beschließen:

Gesetz

zur Überleitung der Verwaltung

Vom . . . Oktober 1949.

§ 1

(1) Die Aufgaben des Vorsitzenden und des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone gehen auf die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über.

(2) Die Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone werden mit ihren Aufgaben in die Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik mit entsprechendem Geschäftsbereich ~~überführt~~ eingegliedert.

(3) Die Deutsche Verwaltung des Innern in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die Deutsche Verwaltung für Volksbildung und die Deutsche Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland werden mit ihren Aufgaben in die entsprechenden Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik ~~überführt~~ eingegliedert.

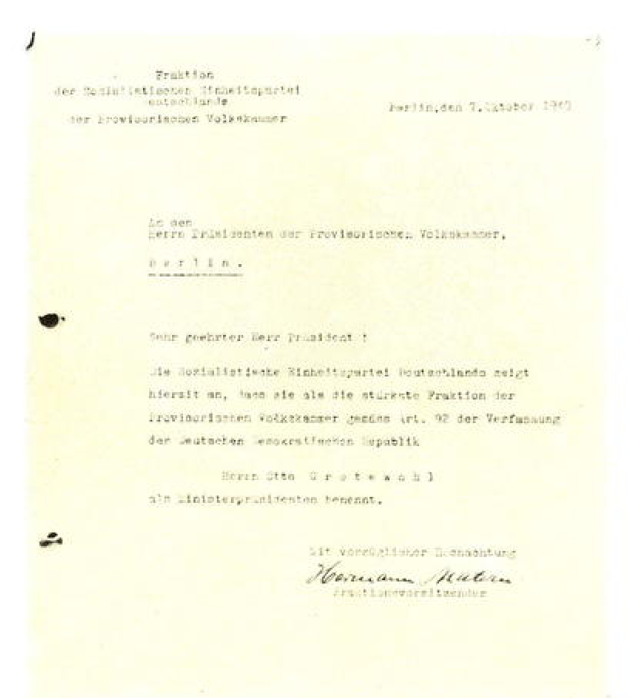
(4) Alle sonstigen deutschen zonalen Verwaltungsorgane und alle sonstigen deutschen zonalen Einrichtungen in der sowjetisch besetzten Zone werden den sachlich zuständigen Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik unterstellt.

(5) Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ~~kann die Überleitung der Verwaltung näher oder abweichend regeln.~~

(FDGB), Elli Schmidt (DFD) und Friedrich Ebert (SED) angehörten, übernahm Johannes Dieckmann die Leitung der Tagung.

„Die Provisorische Volkskammer ist eine Kammer der Arbeit", war seine Devise. Und schon in ihrer ersten Sitzung trat die Volkskammer dafür den Beweis an. Vier Gesetze lagen zur Beschlußfassung vor: das Gesetz über die Konstituierung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, das Gesetz über die Provisorische Regierung, das Gesetz über die Bildung einer Provisorischen Länderkammer und das Gesetz über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Alle Fraktionen stimmten den vorliegenden Entwürfen einstimmig zu. Die Annahme der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gestaltete sich zu einem Höhepunkt der Sitzung. Voller Freude und Begeisterung erhob sich die Versammlung und klatschte lang anhaltend Beifall. „Wir haben nach langen, schweren, schmerzvollen Jahren zum ersten Male wieder festen, sicheren, guten Boden unter den Füßen", mit diesen Worten brachte Johannes Dieckmann die Gefühle der Anwesenden zum Ausdruck. Unter stürmischem Beifall wurde Otto Grotewohl, einer der beiden Vorsitzenden der SED, mit der Regierungsbildung beauftragt.

Johannes Dieckmann schloß die Sitzung mit den Worten: „Wenn wir jetzt am Ende dieser 1. Sitzung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auseinandergehen, dann tun wir es, und ich bitte Sie, alle es mit mir zu tun, indem wir die Völker und



Fraktion
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
der Provisorischen Volkskammer

Berlin, den 7. Oktober 1949

An den
Herrn Präsidenten der Provisorischen Volkskammer,

Berlin.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zeigt hiermit an, dass sie als die stärkste Fraktion der Provisorischen Volkskammer gemäss Art. 92 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Otto Grotewohl

als Ministerpräsidenten benennt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Hermann Matern
Fraktionsvorsitzender

seinen Bürgern eine friedliche und gesicherte Zukunft garantierte, und der keine Bedrohung für seine europäischen Nachbarvölker darstellte. In einem mehr als hundertjährigen Kampf hatten revolutionäre Arbeiter für dieses Ziel gestritten. Mit den großen Beschlüssen vom 7. Oktober 1949 wurde es Wirklichkeit. Die neue



Nationen grüßen, die, seien sie durch ihre Vertreter hier im Saale anwesend, oder sei es, daß sie nicht anwesend sein können, den Frieden wollen, für den Frieden arbeiten und uns ein Vorbild in dieser Arbeit sind."

Erstmalig gab es nunmehr auf der politischen Landkarte Europas einen deutschen Staat, der

Verfassung zeugte davon, daß in diesem Staat mit den jahrhundertelangen Traditionen der Ausbeuterklassen Schluß gemacht wurde. In ihr waren die revolutionären Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung verankert, und gleichzeitig eröffnete sie den Weg zum sozialistischen Aufbau.

„Wir danken dem Hohen Haus, daß es durch die Inkraftsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik auch das Recht der Jugend auf politische Mitbestimmung durch die Festsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gesichert hat. Die Jugend wird ihren Dank hierfür durch verstärkte Mitarbeit im Ausbau der Deutschen Demokratischen Republik, die Stärkung der Einheit der Jugend und durch eine hohe Beteiligung an den Wahlen am 15. Oktober 1950 abstatten. Damit wird zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes die Jugend ab 18 Jahre an der Wahl zum deutschen Parlament teilnehmen."

Erich Honecker am 12. Oktober 1949

Politische Zusammensetzung der Provisorischen Volkskammer nach der Fraktionszugehörigkeit:

SED	96
CDU	46
LDPD	46
NDPD	17
DBD	15
FDGB/FDJ/VdgB/KG	50
KB/DFD/VVN	55
SPD	5

DIE VERFASSUNG

DER

DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN

REPUBLIK

Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.

ARTIKEL 3

(1) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

(2) Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

ARTIKEL 6

(1) Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

(2) Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle, sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

(3) Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.

ARTIKEL 7

(1) Mann und Frau sind gleichberechtigt.

(2) Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.

ARTIKEL 15

(1) Die Arbeitskraft wird vom Staat geschützt.

(2) Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

ARTIKEL 16

(1) Jeder Arbeitende hat das Recht auf Erholung, auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt, auf Versorgung bei Krankheit und Alter.

(3) Der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, dem Schutze der Mutterschaft und der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfällen des Lebens dient ein einheitliches, umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten.

ARTIKEL 17

(1) Die Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben erfolgt unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten.

(2) Die Arbeiter und Angestellten nehmen diese Rechte durch Gewerkschaften und Betriebsräte wahr.

ARTIKEL 24

(4) Alle privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen sind aufgehoben und verboten.

ARTIKEL 25

(1) Alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sowie die zu ihrer Nutzbarmachung bestimmten Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind in Volkseigentum zu überführen.

(2) Bis dahin untersteht ihre Nutzung der Aufsicht der Länder und, soweit gesamtdeutsche Interessen in Frage kommen, der Aufsicht der Republik.

ARTIKEL 26

(1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird überwacht und jeder Mißbrauch verhütet. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne Arbeits- und Kapitalaufwendung für das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

(2) Jedem Bürger und jeder Familie ist eine gesunde und ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu sichern. Opfer des Faschismus, Schwer-Körperbehinderte, Kriegsbeschädigte und Umsiedler sind dabei bevorzugt zu berücksichtigen.

ARTIKEL 35

(1) Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung und auf freie Wahl seines Berufes.

(2) Die Bildung der Jugend sowie die geistige und fachliche Weiterbildung der Bürger werden auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch die öffentlichen Einrichtungen gesichert.

ARTIKEL 37

(1) Die Schule erzieht die Jugend im Geiste der Verfassung zu selbständig denkenden, verantwortungsbewußt handelnden Menschen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen.

(2) Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen.

(3) Die Eltern wirken bei der Schulerziehung ihrer Kinder durch Elternbeiräte mit.

Überall in der Republik versammeln sich die Werktätigen, um die Gründung der DDR zu begrüßen. Auf dem Hallmarkt in Halle am 8. Oktober 1949.

№ 003213 Telegramm Deutsche Post

1713 BOEHLITZENBERG F 426 100/97 8 1230 =

AN DAS PRAESIDIUM DER
PROVISORISCHEN VOLKSKAMMER
BERLIN =

Haupttelegraphenamt Berlin

ZBRN

1780 ARBEITER UND ANGESTELLTE DES BETRIEBES DER LEIPZIGER KUGELLAGERFABRIK SAG BOEHLITZEHRENBERG GUTENBERGSTR 6 BEGRUESSEN DAS PRAESIDIUM UND DIE ABGEORDNETEN DER PROVISORISCHEN VOLKSKAMMER STOP DAS MANIFEST DES DEUTSCHEN VOLKSRAT IST VON UNS WERKTAETIGEN BEGEISTERT AUFGENOMMEN WORDEN STOP DIE BEVORSTEHENDE REGIERUNG UND STAATSBILDUNG IST DER AUSDRUCK DAFUER DASS WIR UNSER SCHICKSAL

Auf eindrucksvollen Kundgebungen in Betrieben, Städten und Dörfern begrüßten die Werktätigen am 8. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bekannten sich zur neuen Arbeiter-und-Bauern-Macht und versprachen, sie durch ihre Arbeit tatkräftig zu unterstützen.

№ 002937 Telegramm Deutsche Post

aus 1713 Boehlitzenberg f 426

Haupttelegraphenamt Berlin

ZBRN

IN EIGENE HAENDE GENOMMEN HABEN DER GROSSEN SOWJETUNION DER AUFRICHTIGEN HELFERIN IN DER WIEDERHERSTELLUNG DER SOUVERAENITET UNSERES VATERLANDES UNSEREN BRUEDERLICHEN DANK STOP WIR BEGRUESSEN EBENFALLS DIE WARME ANTEILNAHME DER VERTRETER DER VOLKSDEMOKRATIEN AUF DER KONSTITUIERTEN SITZUNG DER PROVISORISCHEN VOLKSKAMMER = BGL KUNZ + 1780 +



№ 004598 Telegramm Deutsche Post

aus 1896 SCHARFENSTEINZSCHOPAUTAL F 4054 51 10 10 1340 YZCNZ =

AN REGIERUNG DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK BERLIN

Haupttelegraphenamt Berlin

11 OKT 1949

BELEGSCHAFT DES VEB DKK SCHARFENSTEIN UEBERBRINGT DER NEUGEBILDETEN REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK GLUECKWUNSCH UND GRUSS WIR GELOBEN UNS EINMUETIG HINTER DAS PROGRAMM DES WIEDERAUFBAUES DES FRIEDENS UND DES FORTSCHRITTES ZU STELLEN MIT DER NEUEN REGIERUNG VORWAERTS ZU EINEM BESSEREN LEBEN = DKK SCHARFENSTEIN ERZGEBIRGE +



Jungpioniere. Dieses Gemälde schuf der Künstler Otto Nagel im Jahr der Gründung unserer Republik. Er war Mitglied der Provisorischen Volkskammer.

Im Bruderbund mit der Sowjetunion

Am 8. Oktober 1949 teilte der Präsident der Provisorischen Volkskammer dem Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Armeegeneral Wassili Iwanowitsch Tschuikow, offiziell mit, daß sich der Deutsche Volksrat in die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik umgewandelt habe, und unterrichtete ihn von der Zusammensetzung ihres Präsidiums. Gleichzeitig übermittelte er ihm in der Anlage des Briefes die am 7. Oktober 1949 beschlossenen Gesetze. Im Namen des Präsidiums richtete Volkskammerpräsident Dieckmann die Bitte an die Regierung der Sowjetunion, diese Beschlüsse anzuerkennen und der Provisorischen Volkskammer deren Durchführung zu ermöglichen. Abschließend hieß es in dem Brief: „Das Präsidium der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bittet darum, von dem Herrn Vertreter der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken empfangen zu werden, um den Standpunkt der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unter Hinzuziehung des mit der Regierungsbildung beauftragten Herren Otto Grotewohl darzulegen." Armeegeneral Tschuikow ließ umgehend mitteilen, daß die SMAD die Abgesandten der Deutschen Demokratischen Republik am 10. Oktober, 20.00 Uhr empfange.



W. I. Tschuikow im Dezember 1942 während der Schlacht bei Stalingrad

Diese für die Entwicklung unseres jungen Staates so bedeutsame Zusammenkunft fand in einem historischen Gebäude statt – in der ehemaligen Pionierschule Berlin-Karlshorst. Hier war 1945 die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet worden. Nun hatte die SMAD dort ihren Sitz. Die Atmosphäre, die am 10. Oktober in diesem Hause herrschte, war allerdings völlig anders als am 8. Mai 1945. Den faschistischen Generälen waren die Vertreter der Völker der Sowjetunion mit Haß und Verachtung begegnet, die Abgesandten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen und friedliebenden deutschen Kräfte wurden von den Leitern der sowjetischen Militärverwaltung mit großer Herzlichkeit begrüßt. Als kluge, hochgebildete Kommunisten betrachteten sie die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone von einer zutiefst internationalistischen Position aus und unterstützten sie nach Kräften. Diese internationalistische Haltung bestimmte auch den Charakter der Zusammenkunft am 10. Oktober 1949. Die führenden Vertreter der Sowjetischen Militärverwaltung empfingen unsere Delegation in demselben getäfelten Saal, in dem am 9. Mai 1945 um 0 Uhr 43 Minuten verantwortliche Offiziere des faschistischen Deutschland ihre Unterschrift unter die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation gesetzt hatten. An der feierlichen Zeremonie am 10. Oktober nahmen die akkreditierten Mitglieder der ausländischen Militärmissionen sowie Vertreter der In- und Auslandspresse teil, unter ihnen Albert Norden, damals Pressechef der Hauptverwaltung Information bei der Deutschen Wirtschaftskommission. Einer der ausländischen Korrespondenten, der polnische Journalist Marian Podkowiński, schilderte später die Einzelheiten dieses historischen Augenblicks: „Zum feier-



8. Mai 1945. Radierung von Werner Ruhner





10. Oktober 1949. Armeegeneral W. I. Tschuikow und der Außerordentliche Botschafter der UdSSR W. S. Semjonow mit ihren Stäben empfangen das von Johannes Dieckmann geleitete Präsidium der Volkskammer und den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl.
Vertreter der Presse wohnen dem Empfang bei; 1. v. r. Albert Norden

Diskussionsgruppen am 10. Oktober am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin

lichen Akt begab sich General Tschuikow in die Mitte des Saales. Einen Schritt hinter ihm standen Botschafter W. Semjonow sowie weitere Offiziere der Politischen Abteilung der SMAD. Das Eintreffen der deutschen Delegation im Saal war ein besonders feierlicher Augenblick. Alle Anwesenden bildeten ein Viereck. Dann öffnete sich die Seitentür, und als erster betrat der designierte Ministerpräsident der DDR-Regierung, Otto Grotewohl, den Saal. Die nun folgende Zeremonie sprach unsere Vorstellungskraft an. Vor unseren Augen entstand auf den Trümmern des Alten das in der deutschen Geschichte bisher nicht gekannte, aber von den besten Söhnen dieses Volkes erträumte Neue."
Der Empfang begann damit, daß Volkskammerpräsident Dieckmann – sehr bewegt und sich der Bedeutung dieser Stunde bewußt – eine Erklärung abgab. Er legte die einzelnen Schritte der Konstituierung der DDR dar und schloß: „Es ist die Sowjetunion gewesen, die uns von den Fesseln des Naziterrors und der Naziverbrechen befreit hat. Es ist die Sowjetunion gewesen, die uns in diesen Jahren alle Hilfe und Förderung hat angedeihen lassen bei unseren Versuchen zur Erhaltung unserer nationalen Existenz. Es ist die Sowjetunion gewesen, die als einzige Großmacht in allen internationalen Verhandlungen und vor unserem Volk stets eingetreten ist für die Einheit Deutschlands und für einen baldigen Frieden mit Deutschland. Dies alles ermutigt uns zu der Hoffnung, daß Sie Ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die wir Ihnen darlegen durften, nicht versagen und uns weiterhin Ihre Hilfe gewähren werden."
Danach bat Johannes Dieckmann, die Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer vorstellen zu dürfen. Wassili Tschuikow nickte zustimmend und reichte jedem die Hand. Nach der Vorstellung der Präsidiumsmitglieder bat Otto Grotewohl um das Wort. Er sprach über die politischen Motive, die zur Bildung der Deutschen Demokratischen Republik geführt hatten. Zugleich





Otto Grotewohl und der sowjetische Stadtkommandant von Berlin A. G. Kotikow nach dem Staatsakt in freundschaftlichem Gespräch

legte er die Ziele der künftigen Regierung dar. Er versicherte, daß sich die Arbeit der neuen Regierung in voller Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen vollziehen werde, und fuhr fort: „Wir sind uns dabei der ganzen Schwere der Schuld und der Verantwortung bewußt, die das deutsche Volk dadurch auf sich lud, daß es blind der agressiven Kriegspolitik der nationalsozialistischen Machthaber gefolgt ist und dadurch die furchtbaren Verbrechen ermöglichte, die im zweiten Weltkrieg an den Völkern Europas und besonders an den Völkern der Sowjetunion begangen worden sind. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des zur Provisorischen Volkskammer umgebildeten Deutschen Volksrates sprechen wir die Anerkennung der dem deutschen Volk auferlegten Reparationsverpflichtungen aus. Wir beabsichtigen, einen entschlossenen Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus, der die Menschen in zwei Weltkriege gestürzt hat, zu führen. Wir beabsichtigen die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten der Erde."

Das war die Sprache der revolutionären deutschen Arbeiterklasse, die sich in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik ihren Staat schuf und gemeinsam mit den Vertretern der werktätigen Bauern, der Intelligenz und der anderen fortschrittlichen Werktätigen auf dem Wege des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus voranschritt. Nachdem Ministerpräsident Grotewohl die künftige Politik der Deutschen Demokratischen Republik dargelegt hatte, gab Armeegeneral Tschuikow im Auftrag seiner Regierung eine Erklärung ab. Darin wandte sich Tschuikow noch einmal mit allem Nachdruck gegen den Bruch des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte und gegen die Bildung des Bonner Staates. Die Sowjetregierung machte sich zum Sprecher aller friedliebenden Völker in Europa, die die Wiederherstellung eines aggressiven deutschen Staates mit großer Sorge beobachteten. Sie erkannte die Rechtmäßigkeit der Bestrebungen der friedliebenden und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes an, die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu sichern und die eingeleitete revolutionäre Erneuerung weiterzuführen. Dem Bemühen der DDR, weiterhin alle Möglichkeiten zu nutzen, um doch noch eine demokratische Einheit Deutschlands zu erkämpfen und die Spaltung des Landes durch die Imperialisten rückgängig zu machen, solange die Bedingungen dafür noch vorhanden waren, brachte die Sowjetunion volles Verständnis entgegen. In der Erklärung hieß es weiter, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, der Provisorischen Regierung die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher von der Sowjetischen Militäradministration ausgeübt worden waren. An die Stelle der SMAD träte nunmehr eine sowjetische Kontrollkommission, die die Aufgabe habe, die Erfüllung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und anderer alliierter Vereinbarungen zu überwachen. Im selben Raum, in dem nach der Kapitulation des faschistischen Deutschlands die Regierungsgewalt an die Hauptmächte der Antihitlerkoalition fiel, gab die Regierung der Sowjetunion dem ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat das Recht, die Macht im Interesse des werktätigen Volkes auszuüben. Sie bewies damit unserer jungen Republik ihre Freundschaft und ihr Vertrauen. Eine gute und feste Grundlage für die künftigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR war geschaffen. Schon die Augenzeugen dieser Stunde erkannten ihre geschichtliche Bedeutung. Dazu noch einmal Marian Podkowiński: „Der ‚Prawda'-Korrespondent Jurij Korolkow, den ich während des Nürnberger Prozesses kennengelernt hatte, sprach damals Worte, die mir bis heute im Gedächtnis haften geblieben sind: ‚Weißt Du, für uns ‚Nürnberger' ist das ein besonderer Augenblick. Nach dem Nürnberger Prozeß sind solche Ereignisse wie das heutige in der Lage, uns glauben zu lassen, daß der Sozialismus auch im Vaterland von Marx und Engels möglich ist.'"

Wilhelm Pieck – Präsident der Deutschen Demokratischen Republik



An Lautsprechern erleben Berliner die Wahl des Staatspräsidenten mit.

Entsprechend der am 7. Oktober angenommenen Verfassung hatte die Wahl des Staatsoberhauptes der DDR in einer gemeinsamen Sitzung der Provisorischen Volkskammer und der am 10. Oktober gewählten Provisorischen Länderkammer zu erfolgen. Diese Sitzung fand in den späten Nachmittagsstunden des 11. Oktober ebenfalls im großen Festsaal der Deutschen Wirtschaftskommission statt. Die Wahl des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik war Punkt 4 der Tagesordnung.
Die Straßen Berlins waren an diesem Tage schon seit den frühen Morgenstunden außergewöhnlich stark belebt. Vor dem Tagungsgebäude und vor den Lautsprechern in den Straßen der Stadt versammelten sich Menschen.
Wiederum herrschte im großen Sitzungssaal die gedämpfte, feierliche Betriebsamkeit, wie sie stets bei wichtigen Staatsakten zu finden ist. Presse, Rundfunk, Film waren vertreten. Als Gäste nahmen teil W. S. Semjonow und sein Stellvertreter von sowjetischer Seite sowie Mitglieder der ausländischen Militärmissionen in Deutschland. Als Wilhelm Pieck nach der Pause den Saal betrat, richteten sich die Blicke auf ihn. Alle im Demokratischen Block vereinten Parteien hatten vorgeschlagen, ihn zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu wählen. Wilhelm Pieck begrüßte Wladimir Semjonowitsch Semjonow und setzte sich dann zu Otto Grotewohl in die erste Reihe.
Der Parteivorsitzende der CDU, Otto Nuschke, unterbreitete den Wahlvorschlag: „Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von allen Fraktionen des Hohen Hauses ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Ihnen für das hohe Amt des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Wilhelm Pieck vorzuschlagen.“ Schon nach diesen wenigen Worten erhoben sich die Anwesenden unter stürmischem Beifall von den Plätzen. Otto Nuschke würdigte Wilhelm Pieck als überzeugten, leidenschaftlichen Arbeiter- und Parteiführer und verwies auf seine großen staatsmännischen Fähigkeiten, die er bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter Beweis gestellt hatte. Der Präsident der Provisorischen Volkskammer, Johannes Dieckmann, leitete den Wahlakt: „Die beiden hohen Häuser haben den Wahlvorschlag gehört. Ich frage, ob andere Wahlvorschläge zu machen sind. – Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir nunmehr zur Wahl des Präsidenten der Republik. Ich bitte um Ihre Erlaubnis, daß die Wahl nach der Überlieferung vorgenommen wird.
Ich bitte diejenigen Mitglieder beider Häuser der Deutschen Demokratischen Republik, die dem

Bis 1952 gab es in der DDR die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Als ihre zentrale Vertretung wurde 1949 die Länderkammer gebildet, welcher Abgeordnete der verschiedenen Landtage angehörten. 1952 traten an die Stelle der Länder 14 neue Bezirke, um die Verwaltungsstruktur der DDR, die z. T. noch aus dem kaiserlichen Deutschland stammte, den Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus anzupassen.



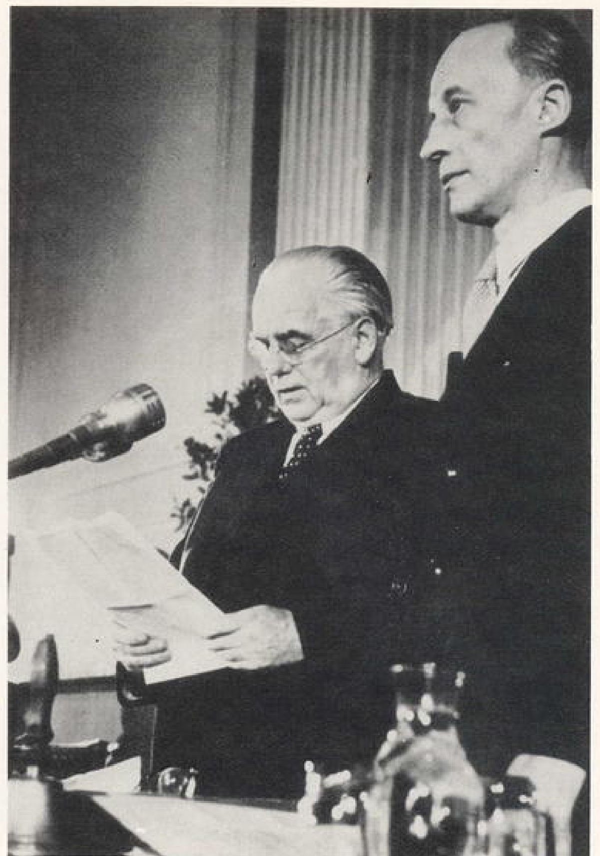
auf Herrn Wilhelm Pieck lautenden Wahlvorschlag nicht zustimmen wollen, eine Hand zu erheben. – Ich stelle fest, daß sich keine Hand erhoben hat. Ich bitte ferner diejenigen Mitglieder beider Häuser, die sich bei der Wahl der Stimme enthalten wollen, eine Hand zu erheben. – Ich stelle wiederum fest, daß sich keine Hand erhoben hat. Nunmehr bitte ich diejenigen Mitglieder der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik, die der Wahl des Herrn Wilhelm Pieck zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Ich stelle fest, daß beide Häuser, die Provisorische Volkskammer und die Provisorische Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck soeben einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt haben.“ Mit minutenlangen stürmischen Ovationen feierten die Abgeordneten dieses Ergebnis.

Viele der Volkskammermitglieder – Anton Ackermann, Johannes R. Becher, Franz Dahlem, Bernard und Wilhelm Koenen, Hermann Matern, Heinrich Rau, Fritz Selbmann, Walter Ulbricht und andere – kannten Wilhelm Pieck aus



„Ein weiter Weg vom Reichstagsbrand zu dieser Wahl! Ein weiter Weg vom Mitglied des Spartacusbundes 1917 zum antifaschistischen Emigranten 1933–1945, zum ersten Präsidenten einer wirklich demokratischen deutschen Republik."

F. C. Weiskopf am 12. Oktober 1949 in seinem Tagebuch





Wilhelm Pieck und der Außerordentliche Botschafter der UdSSR W. S. Semjonow

Wilhelm Pieck wird einstimmig zum Staatspräsidenten gewählt; im Vordergrund Wilhelm Pieck, in der zweiten Reihe Otto Grotewohl, daneben Wilhelm Koenen.

Wilhelm Pieck leistet den Eid.

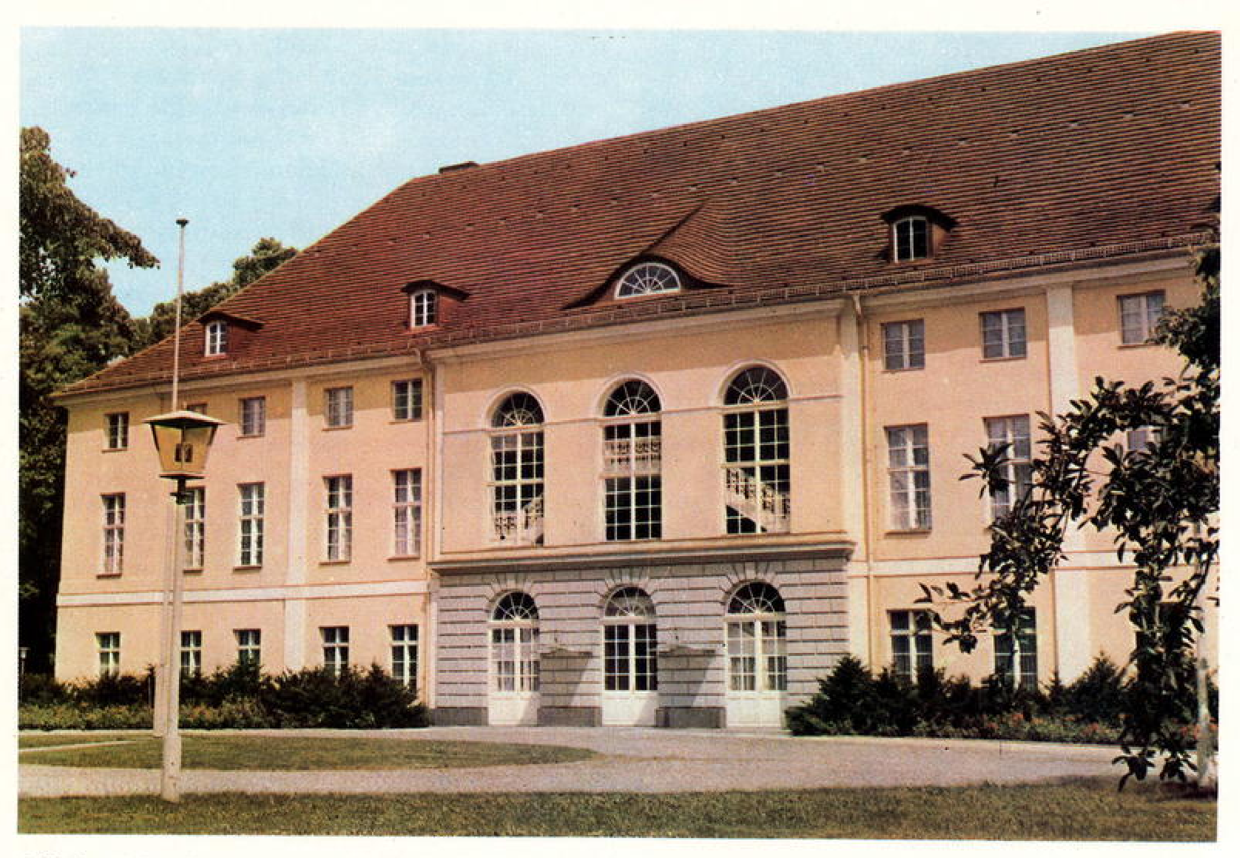
Der Staatspräsident empfängt die Glückwünsche Otto Grotewohls.

Jahrzehnten gemeinsamen Kampfes. In vielen Klassenschlachten gegen Imperialismus und Militarismus und für die Interessen des werktätigen Volkes hatte er Seite an Seite mit ihnen gestritten. Er besaß das Vertrauen der Abgeordneten. Es gab keinen Würdigeren für das hohe Amt des Präsidenten der Republik als Wilhelm Pieck. Seine Freunde freuten sich mit ihm darüber, daß es ihm vergönnt war, diesen Tag zu erleben.
Volkskammerpräsident Dieckmann brachte den Stolz der Volksvertreter über diese historisch bedeutsame Wahl zum Ausdruck, als er sagte: „Wir grüßen in diesem deutschen Arbeiterpräsidenten den unbeugsamen Antifaschisten, den wahren Freund des Friedensstaates der Sowjetunion und den nimmermüden Förderer der deutsch-sowjetischen Freundschaft."
Wilhelm Pieck, nunmehr Präsident des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, schritt zum Präsidium. Tiefe Bewegung erfaßte die Versammelten, als er den Eid sprach: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, die Verfassung und die Gesetze der Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."
Die Genossen und Freunde gratulierten dem 73jährigen, der wie kein anderer unter ihnen die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse verkörperte.
Am 3. Januar 1876 als Sohn eines Kutschers und einer Waschfrau in Guben geboren, war er 1895 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten und hatte sich von diesem Tage an rastlos und unermüdlich dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse gewidmet. 1907/08 als Hörer der Reichsparteischule der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lernte er die revolutionären Linken in der deutschen Arbeiterbewegung – Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Clara Zetkin – näher kennen. Diese Begegnung wurde für sein Leben entscheidend. Er entwickelte sich unter ihrem Einfluß zu einem unbeugsamen Revolutionär und konsequenten Internationalisten. Im ersten Weltkrieg kämpfte er an ihrer Seite. Frühzeitig erkannte er die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. 1918 war er Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Von 1918 bis 1946 gehörte er ununterbrochen ihrem Führungskollektiv an. 1919 konnte er den Mördern entfliehen, die ihm das gleiche Schicksal zugedacht hatten, das Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erlitten haben. Er kämpfte während der Weimarer Republik als führender Funktionär der KPD und der Kommunistischen Internationale gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus. Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns wurde ihm der Vorsitz des Zentralkomitees der KPD übertragen. Während des zweiten Weltkrieges arbeitete er im Kollektiv der in Moskau lebenden Mitglieder der Parteiführung für den baldigen Sturz des Hitlerfaschismus. Er gehörte zu den Mitbegründern des Nationalkomitees „Freies Deutschland".
1945 kehrte er nach Deutschland zurück und wirkte – nun fast 70jährig – für die Einheit der Arbeiterklasse und den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Wahl zum Präsidenten war die Krönung seines Lebens.
Das jüngste Mitglied der Provisorischen Volkskammer, die Abgeordnete Margot Feist,





Das jüngste Mitglied der Volkskammer, Margot Feist, beglückwünscht Wilhelm Pieck zu seiner Wahl als Staatspräsident.
Erster Stander vom Wagen des Präsidenten



Schloß Niederschönhausen in Berlin-Pankow. Sitz des Staatspräsidenten – heute Gästehaus der Regierung.

beglückwünschte den Präsidenten im Namen aller anwesenden Delegierten: „Wir geloben in dieser Stunde unserer Deutschen Demokratischen Republik die Treue, weil wir fest davon überzeugt sind, daß unsere Deutsche Demokratische Republik das wahre Haus des Volkes ist, in dem wir einer friedlichen und glücklichen Zukunft entgegengehen können. Wir geloben in dieser Stunde, in Liebe, Treue und Verantwortung zu unserer Deutschen Demokratischen Republik und zu Ihnen, Herr Präsident, zu stehen ..."

Nach diesen feierlichen Augenblicken trat der Kampfgefährte Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns an das Rednerpult und hielt seine Antrittsrede. „Mit Ihrer Wahl haben Sie mir die höchste Ehre erwiesen, die einem Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik zuerkannt werden kann. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für das mir geschenkte Vertrauen und versichere Sie, daß ich stets bemüht sein werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich werde meine ganze Kraft und die Erfahrungen eines langen, an Arbeit und politischen Ereignissen reichen Lebens einsetzen, um dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen."

Der Präsident legte die schweren und komplizierten Aufgaben dar, die vor ihm und der ersten Regierung der Deutschen Demokratischen Republik standen – die endgültige Beseitigung der materiellen und ideologischen Trümmer, die der Imperialismus und der Hitlerkrieg hinterlassen hatten, der planmäßige Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, der Aufbau eines friedliebenden deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, zu dem die anderen Völker der Welt wieder Vertrauen gewinnen konnten. In dieser ersten Stunde seiner Amtstätigkeit ging sein Dank an diejenigen, die unmittelbar nach dem Sturz der Hitlerdiktatur mit dem Aufbau begannen: „Der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit zuliebe halte ich es für nötig, festzustellen, was vielfach schon vergessen wird, daß es in den Monaten und Jahren der größten Not unseres deutschen Volkes infolge des Hitlerkrieges die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse waren, die sich nicht von Verzweiflung und Panik überwältigen ließen, sondern mutig und entschlossen schon an die Aufbauarbeit gingen, als die Trümmerstätten in unseren Städten und Dörfern noch rauchten." Eindringlich wies der Präsident auf die Bedeutung der Aktivistenbewegung für die zukünftige Entwicklung der DDR hin: „Ich glaube, Ihrer einheitlichen Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich in dieser Stunde

allen Aktivisten der Arbeit feierlich für die geleistete Arbeit danke. Ehre und Dank den Aktivisten der Arbeit, die die Grundlagen für die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik schufen ..." – Die ersten Gedanken des Arbeiterpräsidenten galten der Klasse, aus der er hervorgegangen war.
Ebenso herzlich und tief bewegt dankte er den sowjetischen Freunden, die weitsichtig und großmütig den friedliebenden und demokratischen Kräften materielle und ideelle Hilfe erwiesen hatten. „Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdlichen Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat, unternehmen wir die ersten Schritte der staatlichen Selbständigkeit des deutschen Volkes. Sorgen wir alle in verantwortungsbewußter, loyaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit dafür, daß wir uns der Größe der geschichtlichen Aufgaben gewachsen zeigen und daß wir dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen können."

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!
Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.
Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.
Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.
Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.
Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.
Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.
Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Aus den Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen vom Vereinigungsparteitag am 21. April 1946



„Jeder von euch kann zu seiner Regierung kommen mit Beschwerden und Vorschlägen, und er wird immer ein offenes Ohr finden."

Otto Grotewohl am 13. Oktober 1949 in den Leuna-Werken

„Als ich das erste Mal vor Wilhelm Pieck stand und sein Gesicht sah, fühlte ich – vor mir steht die personifizierte Güte, und ich sagte mir, die Sache, für die dieser Mann lebte und kämpfte, muß gut sein."

Leonhard Frank über Wilhelm Pieck

Größte Kundgebung der Nachkriegszeit



Auf der Fahrt zum August-Bebel-Platz

Während Wilhelm Pieck im Festsaal des Hauses der Deutschen Wirtschaftskommission in seiner Antrittsrede an alle gutwilligen Kräfte appellierte, die junge Deutsche Demokratische Republik zu stärken, bereitete sich die Hauptstadt Berlin auf die bisher größte Kundgebung der Nachkriegszeit vor – auf die Feier zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und auf die Begrüßung des neugewählten Präsidenten.

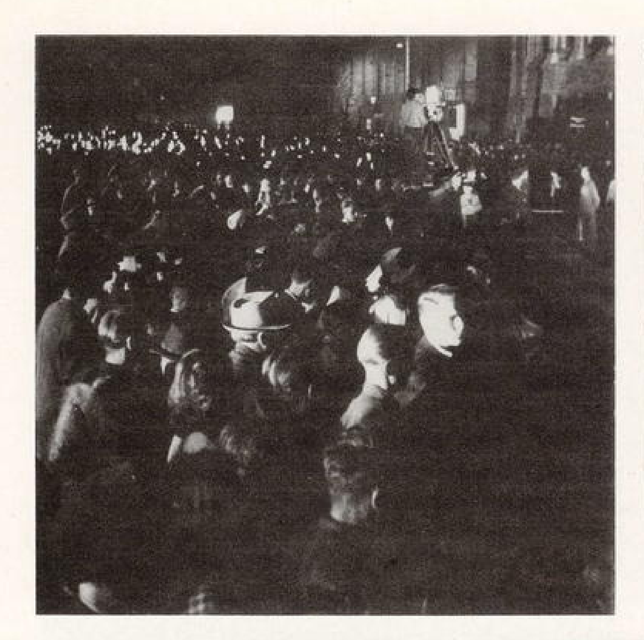
Eine besondere Überraschung hatte sich die Jugend der DDR ausgedacht. Auf Initiative der FDJ waren Tausende Jugendliche in buntgeschmückten Omnibussen und auf Lastkraftwagen aus allen Teilen der jungen Republik in die Hauptstadt gekommen, um die Geburt des neuen Staates zu begrüßen. Singend und lachend bewegten sie sich in ihren Blauhemden durch die Straßen Berlins. Aus allen Himmelsrichtungen strömten die Menschen zum August-Bebel-Platz, denn hier vor der Humboldt-Universität sollte die große Kundgebung stattfinden.

Die Berliner Bevölkerung hatte ihre Häuser festlich geschmückt. In den Straßen wehten schwarzrotgoldene, blaue und rote Fahnen. Musikkapellen spielten.

Vor dem Gebäude der Deutschen Wirtschaftskommission drängten sich die Menschen – sie wollten Wilhelm Pieck sehen. Friedrich Ebert verließ als erster das Tagungsgebäude, um als Oberbürgermeister der Hauptstadt den Präsidenten auf der blumengeschmückten Ehrentribüne am August-Bebel-Platz empfangen zu können.

Eine Ehrenkompanie der Deutschen Volkspolizei formierte sich, eine Motorradstaffel machte sich bereit – und dann trat Wilhelm Pieck aus dem Gebäude, glücklich lächelnd, Blumen im Arm. Herzlich winkte er den jubelnden Menschen zu und begab sich zu seinem Wagen, der ihn zum August-Bebel-Platz brachte, vorbei an den winkenden, rufenden Menschen, die die Straßenränder säumten. Sprechchöre brandeten auf, als Wilhelm Pieck an der Humboldt-Universität eintraf. Aus hunderttausend Kehlen scholl immer wieder der Ruf: „Es lebe der Präsident unserer demokratischen Republik!" Junge Pioniere überreichten Chrysanthemensträuße. Unter tosendem Beifall begrüßte Friedrich Ebert an der Spitze des demokratischen Magistrats den Präsidenten der Republik und geleitete ihn zur Tribüne. In seiner Begrüßungsrede versicherte der Oberbürgermeister, daß der Berliner Magistrat dem Präsidenten und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein treuer Helfer sein werde. „In diesem Sinne, Herr Präsident, Ihnen – unserem Ehrenbürger – ein herzliches Willkommen in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, die ihren Ersten Bürger grüßt mit dem Rufe: ‚Die Deutsche Demokratische Republik und ihr Präsident, Wilhelm Pieck, sie leben hoch!'"

Inzwischen dunkelte es, 22 große Scheinwerfer warfen ihr Licht auf die Tribüne, Fackeln flammten auf, weitere Repräsentanten des neuen Staates sprachen. Vom Brandenburger Tor her nahte ein Fackelzug von mehr als 40 000 Mädchen und Jungen der Freien Deutschen Jugend.



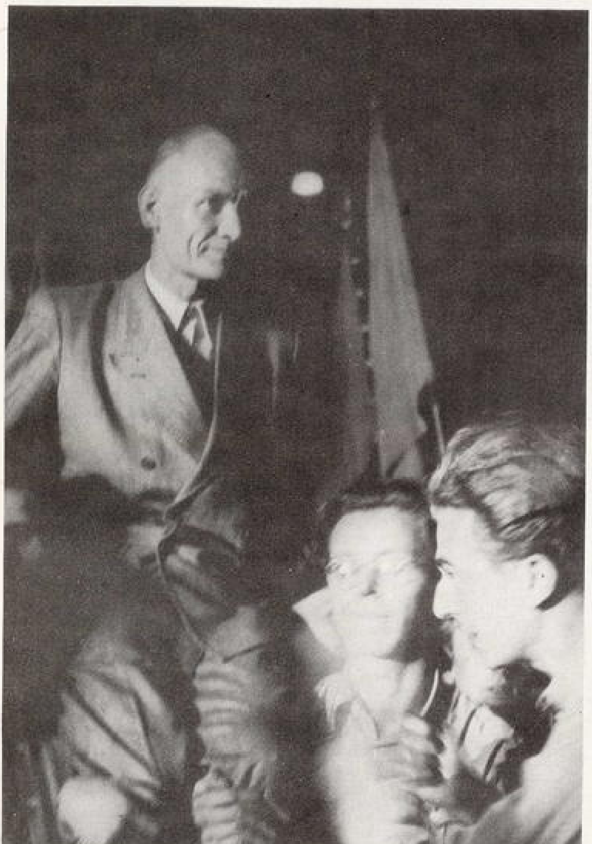




Tausende erwarten den soeben gewählten Staatspräsidenten.
Erich Honecker im Jahre 1949 während des III. Parlaments der FDJ in Leipzig

Als sie am Platz angekommen waren, sprach Erich Honecker, der Vorsitzende der FDJ, das Gelöbnis der Jugend: „Wir, die deutsche Jugend geloben der Deutschen Demokratischen Republik Treue, weil sie der Jugend Frieden und ein besseres Leben bringen will und bringen wird ... Wir geloben der Deutschen Demokratischen Republik Treue, weil sie das wahre Haus des Volkes ist und sein wird! ... Wir grüßen aus tiefstem Herzen das Neue, unsere strahlende, freudige Zukunft!" Präsident Wilhelm Pieck dankte mit bewegten Worten für die Liebe und die Herzlichkeit, die ihm entgegengebracht wurden.

Und dann begann die größte Demonstration der Nachkriegszeit. FDJler und Werktätige aus Betrieben Berlins und anderer Städte der Republik grüßten ihren Präsidenten. Immer wieder erscholl der Ruf: „Es lebe unser Freund Wilhelm Pieck!" Über die traditionsreiche Straße Unter den Linden, früher ein Tummelplatz der preußischen Militärs und der faschistischen Horden, zogen nun Werktätige der jungen Republik. Gespenstisch ragten die Ruinen historischer



Bauwerke in den Himmel. Doch schon in vielen Menschen lebte der Wille, diese Straße neu aufzubauen und dafür zu sorgen, daß sie niemals wieder in Schutt und Asche fiele.
Bis tief in die neunte Abendstunde dauerte der Vorbeimarsch der Demonstranten. Mehr als 800 000 Menschen waren gekommen, ihrem Präsidenten zu gratulieren.
Länger als zehn Jahre war Wilhelm Pieck der Präsident der DDR – er verstarb am 7. September 1960. Im Verlaufe seiner Amtstätigkeit erwarb sich Wilhelm Pieck die Anerkennung und die Liebe des Volkes in der DDR und der sozialistischen Brudervölker sowie die große Achtung der Völker in aller Welt.

Begeisterte Jugendliche tragen den Aktivisten Adolf Hennecke auf ihren Schultern zur Ehrentribüne.



„Die Kulturschaffenden werden als Wissenschaftler, als Pädagogen, als Schriftsteller, als Künstler die nationale Aufbauarbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Kräften unterstützen."

Akademiepräsident Johannes Stroux am 12. Oktober 1949 in der Volkskammer

Diese deutsche Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens

Die 3. Sitzung der Volkskammer am 12. Oktober 1949 war ein weiterer Höhepunkt im Prozeß der Staatsgründung – die neue Regierung stellte sich vor. An ihrer Spitze Ministerpräsident Otto Grotewohl. Otto Grotewohl gehörte zu den aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Mitgliedern der SED, die klassenbewußt und voller Verantwortung die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen hatten und vorbehaltlos für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kämpften. Er erwarb sich große Verdienste bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei und hatte einen hervorragenden Anteil an der Erziehung der Parteimitglieder und der werktätigen Massen zur festen Verbundenheit mit der Sowjetunion. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates war er maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt, die nunmehr zum obersten Gesetz des neuen Staates geworden war. „Ein Meister des gesprochenen und geschriebenen Wortes", charakterisierte ihn Volkskammerpräsident Dieckmann aus Anlaß der Regierungsvorstellung, „hat er diese starke Waffe unermüdlich für die Freunde und die politischen Aktivisten des neuen Aufbaus und gegen ihre Feinde ins politische Feld geführt."

Seinem Kabinett gehörten 14 Minister und 3 stellvertretende Ministerpräsidenten an, alle 5 Parteien – SED, CDU, NDPD, LDPD und DBD – waren in der Regierung vertreten, ein Minister war parteilos. Zu stellvertretenden Ministerpräsidenten wurden Walter Ulbricht (SED), Otto Nuschke (CDU) und Hermann Kastner (LDPD) ernannt. Viele der neuen Minister trugen, wie Otto Grotewohl einmal sagte, „ehrenvolle Narben", „die sie im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern" davongetragen hatten, so der Minister für Planung, Heinrich Rau (SED), der Minister für Industrie, Fritz Selbmann (SED), der Minister für Außenhandel und Versorgung, Georg

Mitglieder der Regierung; v. l. n. r.: Fritz Selbmann, Lothar Bolz, Ernst Goldenbaum, Georg Handke, Hans Loch, Karl Steinhoff



Handke (SED), der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Ernst Goldenbaum (DBD), der Minister für Justiz, Max Fechner (SED) und der Innenminister Karl Steinhoff (SED). Der Finanzminister Hans Loch (LDPD) verlor während des Faschismus seine Anwaltspraxis; der Volksbildungsminister Paul Wandel (SED) arbeitete als Emigrant in der Sowjetunion in führenden Funktionen der KPD; der Minister für Aufbau, Lothar Bolz (NDPD), fand in der sowjetischen Emigration den Weg an die Seite der kämpfenden Arbeiterklasse, Luitpold Steidle (CDU), der Minister für Gesundheit und Arbeit, über das Nationalkomitee „Freies Deutschland".

Im In- und Ausland wurde mit großem Interesse die Regierungserklärung von Otto Grotewohl erwartet. Eindringlich legte Otto Grotewohl die Verantwortung seiner Regierung für die Erhaltung des Friedens in Europa dar: „Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche





Georg Handke im Stahlwerk Hennigsdorf

Mitglieder der Regierung; v. l. n. r.: Otto Nuschke, Luitpold Steidle, Heinrich Rau, Paul Wandel, Friedrich Burmeister, Max Fechner, Hans Reingruber
Am 13. Oktober 1949

Heinrich Rau im Walzwerk Kirchmöser

Imperialismus dem deutschen Volke gebracht. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann. In diesem Sinne nimmt die Regierung den





DR. KARL STEINHOFF

Minister des Innern

Vor der Vereidigung der Regierungsmitglieder
Ministerausweis Karl Steinhoffs

Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten."

Mit dem Hinweis darauf, daß diese Regierung aus dem Volke selbst stammte, bekräftigte er seine Worte. „Diese deutsche Regierung ist eine Regierung der Arbeit, der Demokratie und des Friedens!" rief er unter dem Beifall der Delegierten aus. Mit großer staatsmännischer Weitsicht formulierte Otto Grotewohl das wichtigste außenpolitische Prinzip unseres Staates: „Die befreiende Tat der Sowjetunion, die uns die Bildung einer eigenen deutschen Regierung ermöglichte, verpflichtet uns, in Zukunft noch mehr als bisher für die Freundschaft mit der Sowjetunion einzutreten ... Die Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern ist daher die Grundlage der Außenpolitik der Regierung."

Mit der Versicherung, daß die Regierung der DDR von ehrlichem Friedenswillen durchdrungen sei, wandte sich Otto Grotewohl an das neue Polen und die Tschechoslowakische Republik. Den polnischen Nachbarn versicherte er: „Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht." Wie der Präsident Wilhelm Pieck, so widmete auch Otto Grotewohl einen großen Abschnitt seiner Regierungserklärung den in der Innenpolitik der jungen Republik zu lösenden Problemen. Er berichtete über die Absichten der neuen Regierung, eine baldige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu erreichen. Auch er dankte den Kräften der Bevölkerung, die die ersten bescheidenen Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichten: „Der beginnende planmäßige Aufbau unserer Wirtschaft, die planmäßige Beseitigung der Kriegsschäden, die planmäßige Erhöhung der Produktion haben den Ring bereits durchbrochen, der jede Aufwärtsentwicklung unmöglich zu machen schien. Mehr Arbeit verlangt bessere Versorgung der Arbeitenden. Bessere Versorgung der Arbeitenden setzt mehr Arbeit voraus. Aus diesem Ring schien es eine Zeitlang kein Entkommen zu geben. Die Aktivistenbewegung in unserer Arbeiterschaft hat den Ring durchbrochen." Mit großer Achtung sprach er von den Entbehrungen und Anstrengungen, unter denen die besten Vertreter der Arbeiterklasse an der Verbesserung der Produktion arbeiteten. Er erklärte, daß es die erste Amtshandlung der neuen Regierung sein werde, am nächsten Tage, dem 13. Oktober, der zur Erinnerung an die erste Henneckeschicht am 13. Oktober 1948 zum „Tag der Aktivisten" erhoben worden war, sich den Menschen vorzustellen, die den Aufbau der Wirtschaft und des Staates trugen. „Wir werden am Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen."

Und so geschah es auch. Am 13. Oktober sprachen die Repräsentanten des Arbeiter-und-Bauern-Staates vor den Werktätigen in den Industriezentren der DDR; Otto Grotewohl vor mehr als 20000 Arbeitern der Leuna-Werke, Walter Ulbricht in den Traktorenwerken Horch Zwickau und in der Karl-Liebknecht-Grube in Oelsnitz, Otto Nuschke im Benzinwerk Böhlen, Lothar Bolz in der Max-Hütte Unterwellenborn, Hans Loch im Synthesewerk Schwarzheide, der Verkehrsminister Hans Reingruber im Reichsbahnausbesserungswerk Chemnitz (Karl-Marx-Stadt).

Aber zurück zum Tage der Regierungserklärung. Die Sprecher aller Fraktionen stimmten der Regierungserklärung Otto Grotewohls zu, die Volkskammer billigte das Regierungsprogramm und sprach der Regierung ihr Vertrauen aus.
Nachdem der neuen Regierung die herzlichsten Glückwünsche für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit übermittelt worden waren, schloß unter dem stürmischen Beifall der Delegierten Volkskammerpräsident Dieckmann die Sitzung mit den Worten: „Und nun: Du Schiff Deutsche Demokratische Republik, unter Deinen Farben Schwarz-Rot-Gold glückliche Fahrt!"
In einem feierlichen Staatsakt wurden am Abend des 12. Oktober 1949 die Mitglieder der neuen Regierung vom Präsidenten der Republik in dessen Amtssitz Schloß Niederschönhausen auf die Verfassung vereidigt. Präsident Wilhelm Pieck vereidigte jedes einzelne Mitglied der Regierung und forderte es auf, seine Amtsgeschäfte getreu der Verfassung zum Wohle des Volkes zu führen. Zuvor hatte Ministerpräsident Otto Grotewohl im Namen seiner Regierung dem Präsidenten die Versicherung abgegeben, daß sein Kabinett stets die Verbindung zu allen friedliebenden Menschen sichern und daraus Kraft für seine Arbeit schöpfen werde. „Nach der vollzogenen Eidesleistung sind Sie nunmehr amtierende Mitglieder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik", erklärte Wilhelm Pieck und sagte weiter: „Ihre und meine wichtigste Aufgabe wird es sein, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu festigen und sie unzerstörbar zu machen."
Im Anschluß an die Vereidigung fand eine festliche Zusammenkunft im Amtssitz des Präsidenten statt – der erste Staatsempfang der Deutschen Demokratischen Republik.



Aus den USA übermittelten Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger ihre Glückwünsche:
„Lieber, sehr verehrter Präsident Wilhelm Pieck.
Erlauben Sie uns, Ihnen und dem Kanzler Otto Grotewohl unsere herzlichsten Wünsche auszusprechen. Wir brauchen Ihnen nicht zu versichern, mit welch tiefer Teilnahme wir das Schicksal der jungen Republik unter Ihrer beider Führung verfolgen.

In aufrichtiger Verehrung
Heinrich Mann
Lion Feuchtwanger"

Imperialistische Hoffnungen

Imperialistische Politiker und großbürgerliche Zeitungen reagierten auf die Gründung der DDR mit blindem Haß. Presseerzeugnisse der BRD prophezeiten das baldige Ende des neuen Staates: „Die Agonie der Zone hat begonnen. Bald wird ihr Tod eintreten" – so der „Tagesspiegel" vom 7. Oktober 1949; die „Ruhrnachrichten" orakelten: „Diese sogenannte DDR, deren wirtschaftliche Existenz nur auf Ruinenfledderei beruht, wird das Jahr 1950 kaum er- geschweige denn überleben."
Konrad Adenauer nahm am 21. Oktober 1949 im Bundestag Stellung zur Gründung der DDR und bezeichnete die Schaffung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates als einen ungesetzlichen Akt. Mit der Behauptung, „die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes" sei die Bundesrepublik, stellte er sich auf den Boden des Alleinvertretungsanspruches. „Unser vornehmstes Ziel wird es sein", verkündete er, „ganz Deutschland auf den Boden des Rechts und der Freiheit zu einen und es in eine europäische Ordnung hineinzuführen." Damit umschrieb er die Absicht imperialistischer Kreise, die DDR ihrem Machtbereich einzuverleiben. Andere CDU-Politiker wie Jakob Kaiser wurden in dieser Frage deutlicher und forderten, es müsse ein „politischer und moralischer Feldzug gegen den Kommunismus geführt werden." Willy Brandt hoffte, daß Westberlin die Festigung der DDR „so sehr wie möglich" erschweren werde.
Durch amtliche Richtlinien wurden Politiker und Journalisten in der BRD über Jahre hinweg angewiesen, unseren Staat nicht mit seinem offiziellen Namen zu bezeichnen, sondern „Phänomen", „Gebilde", „Zone", „Mitteldeutschland" oder „sogenannte DDR" zu nennen.
Natürlich gab es auch realistischere Stimmen im kapitalistischen Blätterwald. Einige bürgerliche Zeitungen, wie z. B. die „Baseler Nationalzeitung", sprachen offen aus, daß die Schaffung der Regierung in Berlin in gewissem Sinne eine schwere Niederlage für die Westmächte sei. Die französische Zeitung „Le Monde" vom 12. Oktober 1949 schrieb über die Entwicklungsmög-



Der Kanzler der BRD Konrad Adenauer während seiner Regierungserklärung am 21. Oktober 1949

lichkeiten unseres Staates: „Er wird mit dem Osten und sogar mit dem Fernen Osten in Wirtschaftsbeziehungen treten, die Westdeutschland verschlossen sein werden." Und die britische „Times" vom 15. Oktober warnte vor einer Unterschätzung der neuen politischen Lage. „Bis zu den Wahlen im nächsten Oktober wird die Regierung sicherlich bedeutende Erfolge aufzuweisen haben. Viele Deutsche werden stolz auf ihren Staat sein."

1949 und in den folgenden Jahren mußte unser junger Staat einen schweren Kampf gegen die Angriffe der imperialistischen Reaktion führen, die mit Sabotageakten, Sprengstoffanschlägen, Wirtschaftskrieg und ideologischer Diversion gegen die erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht auf den Plan trat. Sogar in der Provisorischen Volkskammer saßen Feinde, wie sich herausstellte. Der stellvertretende Volkskammerpräsident Hugo Hickmann (CDU) und der Fraktionsvorsitzende dieser Partei, der sächsische Finanzminister Gerhard Rohner, arbeiteten den imperialistischen Kräften in der BRD in die Hände. Hinter ihnen standen bekannte Konzerne wie AEG, Telefunken und Flick. Allerdings wurden sie sehr bald entlarvt und aus ihren Funktionen entfernt.

Aber auch in breiten Kreisen der Bevölkerung, selbst unter Arbeitern, gab es noch unklare Vorstellungen von der Rolle der Arbeiterklasse und Mißtrauen oder Zweifel gegenüber der Partei der Arbeiterklasse. Viele Menschen vermochten nicht, sich vorzustellen, daß die kleine, rohstoffarme DDR auf die Dauer existieren könnte – sie kannten die Kraft der internationalen Solidarität noch nicht. Verbunden mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern widerstand unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht allen Provokationen und entwickelte sich zu einem stabilen und leistungsfähigen sozialistischen Staat.

„Ihre Politik der Unterwerfung unter die Pläne der Westmächte – alles das geht darauf zurück, daß Ihnen dieser politische und wirtschaftliche Kurs hier im Westen auf den Leib geschrieben ist, Herr Konrad Adenauer. Zwei Prozent Gewinn unter dem Schatten des Dollars – das ist besser als Sozialisierung und Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher ... Das ist der Inhalt Ihrer Politik. Ich habe schon einmal gesagt, daß Sie bewußt zu einer für Sie im Augenblick bösen Politik gute Miene machen, weil Sie auf den Augenblick warten, da Sie als Vertreter des deutschen imperialistischen Kapitals wieder offensive imperialistische Politik machen können."

So charakterisierte der kommunistische Abgeordnete Heinz Renner im Parlamentarischen Rat bereits vor der Gründung der BRD den ersten Kanzler dieses Staates.



„Die Aufgabe der Sowjetischen Kontrollkommission besteht in der Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den vier Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland. Dies bedeutet, daß die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Tätigkeit auf Grund der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Freiheit ausüben kann, soweit diese Tätigkeit nicht den Potsdamer Beschlüssen und den Verpflichtungen zuwiderläuft, die sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte ergeben."

Aus der Erklärung Armeegeneral Tschuikows vom 11. November 1949

Die Sowjetunion reicht die Freundeshand



Der sowjetische Botschafter in der DDR, G. M. Puschkin, im Amtssitz Wilhelm Piecks am 4. November 1949

Am 13. Oktober 1949 erhielt die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Botschaft der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – unterzeichnet vom Vorsitzenden des Ministerrates, J. W. Stalin, deren Kernsätze lauteten: „Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht."

Vor aller Welt reichte die Sowjetunion der Regierung der DDR die Freundeshand und verhalf damit den Kräften des Fortschritts an einer entscheidenden Front im Herzen Europas zum Durchbruch. Mit welcher Weitsicht sie die neue politische Situation einschätzte, können wir erst heute – nach 30 Jahren Frieden – richtig ermessen. Am 15. Oktober 1949 meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS: „Die Sowjetregierung hat am 15. Oktober 1949 den Beschluß gefaßt, diplomatische Missionen mit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auszutauschen. Die Sowjetregierung hat G. M. Puschkin zum Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR ernannt." Erster Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion wurde Rudolf Appelt. Damit war die Sowjetunion der erste Staat der Erde, der die Deutsche Demokratische Republik diplomatisch anerkannte.

In Kommentaren des Moskauer Rundfunks und in der sowjetischen Presse wurde die Gründung der DDR als ein Ereignis von großer internationaler Bedeutung gewürdigt. In den Räumen der Moskauer Zentralen Staatsbibliothek für ausländische Literatur fand eine Ausstellung statt, die der Deutschen Demokratischen Republik gewidmet war. Ebenso gedachte man in Kiew der neuen Staatsmacht der deutschen Arbeiter und Bauern.

Am 11. November 1949 empfing die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland die neue Regierung der DDR und übertrug ihr die bisher von der Sowjetischen Militäradministration innegehabten Verwaltungsfunktionen. Einen Tag später, am 12. November, erfolgte die Übergabe in Berlin und in den einzelnen Ländern der DDR.

Auf diese Weise leistete die Sowjetunion einen nicht hoch genug zu schätzenden Beitrag für die Entwicklung der Freundschaft mit der Deutschen Demokratischen Republik.



Otto Grotewohl am 11. November 1949 in Karlshorst
Generalmajor A. G. Kotikow übergibt dem Berliner Oberbürgermeister, Friedrich Ebert, die Verwaltungsfunktion für die Stadt.

Die DDR – ein Faktor des Friedens und des Sozialismus

Nicht nur die Sowjetunion, sondern das gesamte demokratische und antiimperialistische Lager begrüßte die Gründung der DDR. Vor allem die benachbarten Völker, die bittere Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus gesammelt hatten, äußerten ihre Genugtuung über diese Wende in der Geschichte Europas. Die polnische Zeitung „Trybuna Ludu" erklärte am 12. Oktober: „Es entwickelten sich die Kräfte, denen das gesamte Lager des Friedens mit der UdSSR an der Spitze vertrauen kann und zu denen die Nachbarn Vertrauen haben. Diesen Kräften übergab die Sowjetische Militäradministration die Macht in der DDR."

Ihre Befriedigung darüber, einen friedliebenden Nachbarn zu haben, mit dem sich in gutem Einvernehmen leben ließ, sprach auch die tschechoslowakische Presse aus. „Deshalb können wir die von der Deutschen Volkskammer gefaßten Beschlüsse nur begrüßen", schrieb die Prager Zeitung „Lidove Novini", „da sie die Sicherheit geben, daß wir letzten Endes trotz aller Intrigen des Weltimperialismus einen solchen Nachbarn haben werden." Die rumänische Zeitung „Romania Libera" drückte aus, was die fortschrittlichen Kräfte in vielen Ländern empfanden: „Zum erstenmal ersteht ein deutscher Staat, auf den die anderen Völker Europas ohne Unruhe blicken können."

Am 17. Oktober erkannte auch Bulgarien die DDR diplomatisch an, am 18. Oktober folgten Polen und ČSR, Ungarn am 19. Oktober, Rumänien am 22. Oktober und später weitere Staaten des Friedenslagers.

Auch die Kommunisten und fortschrittlichen Werktätigen Italiens, Frankreichs, Großbritanniens, Finnlands, der Schweiz und anderer kapitalistischer Länder standen auf der Seite unseres jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Das Politbüro der Französischen Kommunistischen Partei begrüßte die Gründung der DDR, die auch den Interessen des französischen Volkes entspräche. Auf einer Massenversammlung in Paris führte der Generalsekretär der FKP, Maurice Thorez, aus, daß die Werktätigen Frankreichs die Deutsche Demokratische Republik als eine Friedensgarantie betrachteten. Die „Humanité" vom 29. Oktober 1949 gedachte des gemeinsamen

Die ersten bedeutenden und für den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat charakteristischen Gesetze, die die Volkskammer beschloß:

Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten – 7. Dezember 1949

Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung – 8. Februar 1950

Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten – 19. April 1950

Gesetz zur Förderung des Handwerks – 9. August 1950

Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz) – 6. September 1950

Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik – 8. September 1950

Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau – 27. September 1950

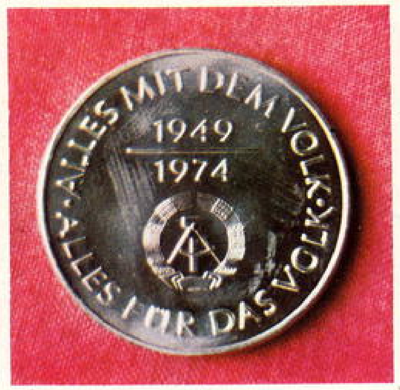
Gesetz zum Schutze des Friedens – 15. Dezember 1950













Die ersten Briefmarken mit der Staatsbezeichnung „Deutsche Demokratische Republik"
Münzen, herausgegeben anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Trümmerfrau, Plastik von Fritz Cremer

Kampfes deutscher und französischer Antifaschisten und erinnerte an den kommunistischen Arbeiter Jean-Pierre Timbaud, der vor dem Hinrichtungskommando der deutschen Faschisten ausrief: „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!"
Als Alexander Abusch Ende Oktober 1949 anläßlich einer Tagung des Ständigen Weltfriedensrates auf der Piazza Giovanni vor 200000 Einwohnern Roms sprach und erklärte: „Es ist wenige Jahre her, daß zur Zeit der faschistischen Achse Hitlers und Mussolinis die Deutschen als imperialistische Unterdrücker, als Sendboten des Völkerhasses und des Krieges nach Italien kamen. Ich komme zu Ihnen als Vertreter der deutschen Antifaschisten und Friedenskämpfer. Ich komme zu Ihnen aus der neuen, friedliebenden deutschen Republik und überbringe dem italienischen Volk die brüderlichen Grüße der deutschen Friedenskämpfer", brachen die Teilnehmer der Kundgebung in Ovationen für die neue Regierung aus.
Frédéric Joliot-Curie, der damalige Präsident des Weltfriedenskomitees, brachte nach dieser Tagung in einem ADN-Interview zum Ausdruck: „Wir haben den jugendfrischen Atem der Deutschen Demokratischen Republik gespürt und sind gewissermaßen persönlich zum erstenmal mit dem deutschen Novum in der europäischen Geschichte in Berührung gekommen."
Ein dicker Schlußstrich wurde unter die jahrzehntelange nationalistische und zum Kriege treibende Politik gezogen, die von deutschen Staaten ausging. Die DDR trat in die Weltpolitik ein als ein Faktor, der das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus stärkte.
„Wir sind damals, als die Republik gegründet wurde, als die Jugend in jenem historischen Fackelzug immerwährende Treue zur Sache des Volkes gelobte, mit dem Willen und dem Bewußtsein ans Werk gegangen, etwas Neues zu schaffen, ein Staatswesen, das den Interessen der werktätigen Menschen entspricht. Damals wurde eine revolutionäre Entscheidung getroffen, eine Entscheidung, die mit den Gesetzen und Erfordernissen des historischen Fortschritts im Einklang stand. Wir haben niemals daran gezweifelt, daß uns dieser Weg viel Kraft abverlangen würde. Doch der Kampf hat sich gelohnt. Was sich damals in unseren Vorstellungen und Träumen als Zukunftsvision darstellte – das ist heute Wirklichkeit." (Erich Honecker)



Der Staat

Ein Staat, geboren aus des Volkes Not,
Und von dem Volk zu seinem Schutz gegründet –
Ein Staat, der mit dem Geiste sich verbündet
Und ist des Volkes bestes Aufgebot –

Ein Staat, gestaltend sich zu einer Macht,
Die Frieden will und Frieden kann erzwingen –
Ein Staat, auf aller Wohlergehn bedacht
Und Raum für jeden, Großes zu vollbringen –

Ein solcher Staat ist höchster Ehre wert,
Und mit dem Herzen stimmt das Volk dafür,
Denn solch ein Staat dient ihm mit Rat und Tat –

Ein Staat, der so geliebt ist und geehrt,
Ist unser Staat und dieser Staat sind wir:
Ein Reich des Menschen und ein Menschen-
Staat.

Johannes R. Becher

2



Herausgeber: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
Verlagslektor: U. Sell
Verlagshersteller: D. Kahnert
Gesamtgestaltung: P. Schulz

Lizenz-Nr.: 206-435/26/77
2. Auflage
Lichtsatz: INTERDRUCK Graphischer Großbetrieb Leipzig – III/18/97
Druck und Bindearbeit: Druckhaus Karl-Marx-Stadt
LSV 0279
Bestellnummer: 570 477 3
EVP 3,50 Mark
Bildnachweis: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften (3) – Farbaufnahmen und Farbreproduktionen K. Klingner, H. Nixdorf †.
Der Verlag dankt für Unterstützung und Veröffentlichungsgenehmigung dem ADN/Zentralbild (37), dem Archiv der Volkskammer der DDR (11), dem Museum für Deutsche Geschichte (5), dem Postmuseum der DDR (3), Herrn W. Ruhner (1), der Staatsbank der DDR (3).